Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 135. Montag, 13. Juni 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

* **Dresden**, 12. Juni. (Telunion.) Am Sonnabend nachmittag drei Uhr begannen im Landtagsgebäude die **interfraktionellen Beratungen zur Regierungsumbildung**, von denen eine Lösung der Krise erwartet wurde. Die Verhandlungen, die über drei Stunden dauerten und die zeitweilig recht lebhaft gewesen sein sollen, führten schließlich doch zu einer **Einigung zwischen den Koalitionsparteien und der Deutschnationalen Volkspartei.**

Es wurde schließlich folgender amtlicher Bericht über den Verlauf der Verhandlungen ausgegeben: **„Die Fraktionen haben heute getagt, um über die Regierungsbildung zu beraten. Es besteht Aussicht, daß es am Montag zu einer Verständigung kommen wird. Vorher sollen aber die Fraktionen Stellung nehmen."**

In den Kreisen der Koalitionsparteien wie der Deutschnationalen hegt man die bestimmte Erwartung, daß die Fraktionen in ihrer Montagssitzung die Beschlüsse der interfraktionellen Sitzung gutheißen werden. Es würde dann nur noch einer kurzen interfraktionellen Sitzung bedürfen. Der Vollsitzung des Landtages am kommenden Dienstag könnte dann das neue Kabinett bereits vorgestellt werden.

Staatsminister Dr. Krausneck tödlich verunglückt.

wtb. **München**, 12. Juni. Heute vormittag gegen ½11 Uhr verunglückte der Staatsminister für Finanzen Dr. Krausneck beim Einsteigen in die Straßenbahn in der Arnulfstraße beim Starnberger Bahnhof in München tödlich. Er wurde mit schweren Verletzungen in die chirurgische Klinik eingeliefert, wo er inzwischen verstorben ist. Wie mitgeteilt wird, erfolgte sein Ableben fünf Minuten nach der Einlieferung in die Klinik, wahrscheinlich infolge Bruches der Halswirbelsäule.

)(**München**, 12. 6. Zu dem tödlichen Unfall des bayerischen Finanzministers Dr. Krausneck werden folgende Einzelheiten bekannt: Dr. Krausneck wollte heute vormittag seine Gemahlin besuchen, die erkrankt ist und in der Chirurgischen Klinik liegt. Als der Minister am Starnberger Bahnhof die Straßenbahn besteigen wollte, kam er zu Fall und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule, Verletzungen des Rückenmarks und weitere schwere Verletzungen an den Beinen. In einem Kraftwagen wurde der Minister, der zunächst, da er keine Ausweispapiere mit sich führte, nicht erkannt wurde, in die Chirurgische Klinik gebracht, wo, wie bereits gemeldet, kurz nach der Einlieferung der Tod eintrat. Nach Mitteilung der Polizeidirektion München hat sich der Unfall kurz vor 10 Uhr vormittags zugetragen.

Finanzminister Dr. Wilhelm Krausneck wurde am 5. Oktober 1875 zu Bayreuth geboren und hat nach Abschluß seiner Universitätsstudien der bayerischen Finanzverwaltung angehört. Seit 1919 war er im bayerischen Finanzministerium tätig. 1920 wurde er Staatssekretär in diesem Ministerium und noch im gleichen Jahre, am 16. Juni 1920, zum Staatsminister der Finanzen ernannt. Diese Stellung hat er in den seither aufeinander folgenden bayerischen Ministerien ununterbrochen bekleidet.

)(**München**. Zu dem tragischen Tod Dr. Krausnecks erfährt der Landesdienst des Süddeutschen Correspondenzbüros noch folgendes: Der Minister hatte versucht, auf den Anhänger eines fahrenden Straßenbahnzuges aufzuspringen, wobei er stürzte. Da Dr. Krausneck, wie bereits gemeldet, keine Ausweispapiere mit sich führte, lag er als unbekannter Toter nach der Einlieferung in die Chirurgische Klinik dort bis nachmittags 3 Uhr. In der Zwischenzeit waren die Söhne des Verunglückten wegen des Ausbleibens des Vaters besorgt geworden und wandten sich direkt an den Ministerpräsidenten Dr. Held, um Erkundigungen zu erhalten, dessen Wohnung sich in der Nähe der Wohnung des Finanzministers befindet. Dr. Held vertröstete zunächst die Angehörigen und fragte hierauf bei der Polizeidirektion an, wo ihm mitgeteilt wurde, daß in der Klinik ein unbekannter Toter liege, der an seinem Finger den Ehrenring des Deutschen Museums trage. Dr. Held war bekannt, daß Dr. Krausneck seinerzeit bei Eröffnung des Deutschen Museums durch die Zueignung des Ringes durch die Museumsleitung geehrt worden war und begab sich hierauf in die Chirurgische Klinik, um zu seinem Schrecken in dem Toten seinen verunglückten Ministerkollegen zu erkennen.

*

Beileidstelegramme an Ministerpräsident Held.

)(**Berlin**. **Reichspräsident von Hindenburg** und **Reichskanzler Dr. Marx** haben noch am Sonntag Beileidstelegramme aus Anlaß des tödlichen Unfalls des bayerischen Finanzministers Dr. Krausneck an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held gesandt.

Ueber 10 000 amerikanische Touristen nach Europa unterwegs.

)(**Newyork**. Am Sonnabend sind acht Dampfer mit insgesamt über 10 000 Touristen nach Europa in See gegangen.

Vor Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten.

gu. **Berlin**. Der Reichstag nimmt am Dienstag dieser Woche seine Arbeiten wieder auf. Den Sommerberatungen des Plenums liegt ein umfangreiches Programm zugrunde. Zunächst wird sich der Reichstag mit dem sogenannten Kriegsgerätegesetz zu beschäftigen haben. Nachdem der Reichsrat dem Gesetzentwurf bereits zugestimmt hat, ist nicht daran zu zweifeln, daß auch der Reichstag den Entwurf annehmen wird. Der Gesetzentwurf setzt den Schlußstrich unter die jahrelang geführten Verhandlungen über die Ausführung der Bestimmung des Friedensvertrages, die Deutschland die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial verbietet. Sofort nach der Annahme dieses Gesetzes durch das Plenum wird die Reichsregierung den Reichsaußenminister davon in Kenntnis setzen; gehört doch diese Frage mit zu den abschließenden Verhandlungen über die deutsche Entwaffnung. Auch der Botschafterkonferenz wird dann von dem entsprechenden Beschluß des Reichstages Mitteilung gemacht werden. — Von innerpolitischen Fragen wird sich der Reichstag vor allem mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, der sogenannten kleinen Zolltarifnovelle, die am 31. Juli abläuft, und mit dem Mieterschutzgesetz sowie mit dem Reichsmietengesetz zu beschäftigen haben. Erst in letzter Linie wird man an die Beratung des Steuervereinheitlichungsgesetzes gehen.

Der Hauptkampf wird sich bei den kommenden parlamentarischen Beratungen aller Wahrscheinlichkeit nach über die sogenannte kleine Zolltarifnovelle abspielen, denn damit wird die Frage der Lebensmittelzölle akut. Es ist ja bekannt, daß beispielsweise in Agrarkreisen die Forderung auf eine sehr erhebliche Erhöhung des Kartoffeleinfuhrzolles erhoben und von anderer Seite auch die Beseitigung des bisher zollfreien Gefrierfleischkontingents gefordert wird. Angesichts der weitgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Verlängerung des Zollprovisoriums, die auch innerhalb des Zentrums bestehen, hat man im Reichsernährungsministerium davon abgesehen, bereits einen endgültigen Entwurf auszuarbeiten. Der Reichsernährungsminister Schiele will sich zunächst mit den Vertretern der Regierungsparteien in Verbindung setzen, um ihre Ansichten zu hören. Soweit bekannt wird, dürfte das Zollprovisorium gleich auf mehrere Jahre verlängert werden. Im Reichsernährungsministerium will man die Vorlage bis auf etwa drei Punkte unverändert lassen.

Was die Frage der Verlängerung des Fürstenabfindungs-Sperrgesetzes betrifft, so dürfte eine Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden Gesetzes sich vermeiden lassen, weil die Streitigkeiten in Thüringen bis zum 30. Juni geregelt sein dürften.

Im Laufe dieser Woche werden auch wichtige Fraktionsbesprechungen stattfinden, vor allem zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei. Es handelt sich hier zunächst um die von einer Kommission von Vertretern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei in Nürnberg aufgestellten Richtlinien für eine Arbeitsgemeinschaft der Reichstagsfraktionen der beiden Parteien. Nachdem in unverbindlichen Besprechungen die Parteileitung der bayerischen Volkspartei hierzu im Prinzip bereits ihre Zustimmung gegeben hat, wird auch das Zentrum seine Zustimmung nicht versagen. Bevor diese Arbeitsgemeinschaft aber Wirklichkeit wird, wird zwischen beiden Fraktionen noch ein schwieriges Problem bereinigt werden müssen, nämlich die Frage der Reichsrahmengesetzgebung für die Finanzgesetze. Der Reichsfinanzminister ist ja bestrebt, die den Ländern bisher noch verbliebenen Realsteuern gleichfalls dem Reiche zu übertragen und auf Grund von jedesmaligen Finanzausgleichen die Ansprüche der Länder auf einen gewissen Anteil zu beschränken. Diese Bestrebungen haben namentlich in Bayern große Erregung ausgelöst, um so mehr, als diese vorgesehene Neuregelung verfassungsändernden Charakter hat und einer Zustimmung des Reichstages der Zweidrittelmehrheit bedarf. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß, um den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei zu verwirklichen, das Zentrum darauf hinwirken wird, den verfassungsändernden Charakter dieser Bestimmung zu beseitigen.

Beginn der Völkerbundsratstagung in Genf.

Ankunft der Delegierten in Genf.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Genf eingetroffen.

* **Genf**, 12. Juni, (Telunion.) **Reichsaußenminister Dr. Stresemann** ist in Begleitung des Staatssekretärs Schubert heute vormittag von der Musikausstellung in Frankfurt a. M. in Genf eingetroffen. Gleichfalls traf heute vormittag der **französische Außenminister Briand** in Begleitung des Völkerbundsreferenten Graf Clauzen und des Kabinetts-Chefs Dr. Leroy in Genf ein. Der **englische Außenminister Chamberlain** traf heute nachmittag um 5 Uhr im Auto aus Aix les Bains in Genf ein. **Vandervelde und Zaleski** werden gleichfalls abends in Genf erwartet.

Im Laufe des Vormittags stattete der Pariser **Botschafter von Hoesch**, der gegenwärtig zur Erholung in Bad Evian weilt, **Dr. Stresemann** einen Besuch ab.

*

Genf. (Funkspruch.) **Der Völkerbundsrat ist heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz Chamberlains zu seiner 45. ordentlichen Tagung zusammengetreten.**

Nach einer kurzen Geheimsitzung, in der die Tagesordnung unter Einschluß der Memelbeschwerde genehmigt und einige administrative Fragen geregelt wurden, der litauische Vertagungsantrag selbst aber nicht zur Sprache kam, trat der Rat in öffentlicher Sitzung zunächst in die Beratung von drei Danziger Fragen ein. Es handelt sich dabei um das Gesuch des Danziger Senates auf Befreiung des Luftfahrzeugbaues in Danzig von den bisher geltenden Beschränkungen, ferner um die Ernennung eines Vorsitzenden für das in einem kürzlich abgeschlossenen Danzig-polnischen Vertrag vorgesehene Tabakmonopol-Schiedsgericht und um die Bestellung des Völkerbundskommissars in Danzig zum Vertreter des Rates für die jeweilige Genehmigung zum Durchtransport nichtpolnischen Kriegsgerätes durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

*

Die heutige Geheimsitzung des Völkerbundsrats.

Genf. (Funkspruch.) In der heutigen **Geheimsitzung des Völkerbundsrates** wurde auf Vorschlag von **Reichsaußenminister Dr. Stresemann** beschlossen, die Frage der Bedingungen, unter denen die Listen über die deutsche Zivilaviatik auf Grund des Pariser Abkommens vom 22. Mai 1926 zur Verfügung des Völkerbundes gehalten werden sollen, nicht zur Beratung zu stellen.

Ferner wurde auf Vorschlag des Ratspräsidenten beschlossen, mit der Entscheidung über den litauischen Vertagungsantrag zur Memelbeschwerde bis morgen Dienstag zu warten.

*

Konferenz Stresemann-Woldemaras.

gu. **Berlin**. Die Tatsache, daß der **litauische Staatspräsident Woldemaras** sich nach **Genf** begeben hat, um an den dortigen Beratungen teilzunehmen, erregt in politischen Kreisen großes Aufsehen. Man will wissen, daß die Reise Woldemaras vor allem bezweckt, eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister herbeizuführen, der naturgemäß die umfangreiche **Beschwerdeschrift der Memelbevölkerung** zugrunde liegen wird. Der litauische Staatspräsident wird aber weiter versuchen, die Absetzung der Memelbeschwerde von der Tagesordnung des Rates zu erreichen. Er dürfte, wie verlautet, tatsächlich insofern damit Erfolg haben, als die Memelbeschwerde einer Kommission zur Beratung überwiesen wird. Damit wäre das Ziel der Kownoer Regierung, die Angelegenheit zu verschleppen, erreicht.

*

Die südslavische Note an den Völkerbund.

)(**Genf**, 12. Juni. Die von der südslavischen Regierung dem Generalsekretär des Völkerbundes überreichte **Note betreffend den jugoslavisch-albanischen Zwischenfall** wurde heute bekanntgegeben. Sie enthält neben einer Darstellung des Zwischenfalls Djuraskowitsch vom jugoslavischen Standpunkt aus folgende Schlußwendung:

Die südslavische Regierung ist der Auffassung, daß Artikel 21 des Völkerbundspaktes sich auf den vorliegenden Fall nicht anwenden läßt, und richtet daher an den Völkerbundsrat die Bitte, diesen Fall einer Prüfung nicht zu unterziehen, da er für sich betrachtet nicht zur Begründung der Anwendung des Artikel 12 des Völkerbundspaktes ausreicht. Gleichwohl steht die jugoslavische Regierung, falls der Rat der Meinung sein sollte, daß diesem Zwischenfall im Zusammenhang mit und in Beziehung zu anderen Umständen ernstere Bedeutung zukommen könnte, zur Verfügung des Rates zwecks Erwägung und Prüfung dieses Problems in seiner Gesamtheit unter Einbeziehung des vorliegenden Zwischenfalls.

Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit.

)(**Berlin**. **Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger** in der Erwerbslosenfürsorge zeigt auch in der zweiten Maihälfte einen **erfreulichen Rückgang und zwar um rund 94 000 = 12,6 Proz.** Die männlichen Hauptunterstützungsempfänger haben sich in der genannten Zeit von 603 000 auf 524 000 vermindert, die der weiblichen von 140 000 auf 125 000, die Gesamtzahl von 743 000 auf 649 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist im gleichen Zeitraum von 835 000 auf 727 000 gesunken. **Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat Mai beträgt rund 221 000 = 25,4 Proz. (870 000 am 1. Mai gegenüber 649 000 am 1. Juni 1927).**

Ueber die Krisenfürsorge liegt eine neuere Zahl nicht vor.